

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)  
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)  
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

## Weniger wäre mehr!

MRS. Immer wieder gibt es Zeiten, in denen es auf den Parteizentralen «drunter und drüber» geht. Meist sind es überraschende politische Ereignisse, die rasches Reagieren erfordern. Doch es gibt auch andere Gründe. Einer davon ist das Vernehmlassungsverfahren. In regelmässigen Abständen schwillt die Liste der hängigen Vernehmlassungsverfahren auf den Parteisekretariaten jeweils in einem geradezu beängstigenden Ausmass an.

### Drohende Überforderung der Kapazitäten

So standen in der Sommersession zur Beantwortung auf den Parteisekretariaten an: die Bahnreform, die Revision der Arbeitslosenversicherungsverordnung, die Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer, die Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes, Massnahmen im Bereich der Strafverfolgung, der Bundesbeschluss über die Förderung von Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus, die Reform der Unternehmensbesteuerung sowie das Bundes-

gesetz über die Unternehmen der Gruppe Rüstung!

Wer die personellen Kapazitäten auf den Generalsekretariaten der Parteien kennt, weiss, was dies bedeuten muss:

■ Zeit und Mittel, die für die langfristige Programmarbeit eingesetzt werden sollten, werden übermässig durch Vernehmlassungsverfahren in Anspruch genommen.

■ Nicht nur die sehr knappen personellen Ressourcen, sondern auch das benötigte Fach- und Detailwissen in Einzelfragen schaffen bereits im Stadium der Vernehmlassung eine Abhängigkeit der Parteien von Interessengruppen.

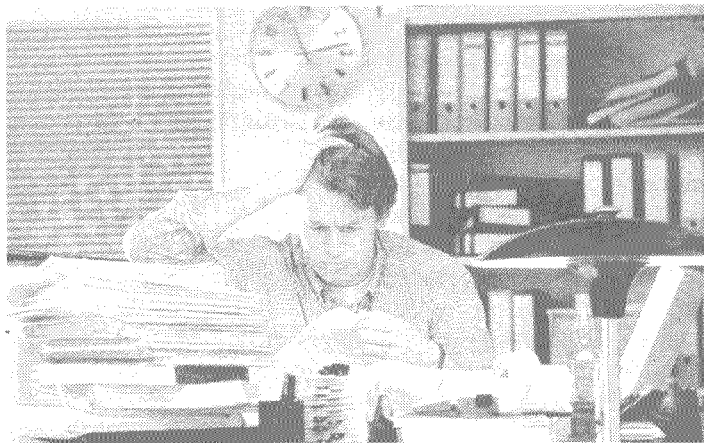
### Bundesrat: Führungsverantwortung wahrnehmen

Das Instrument des Vernehmlassungsverfahrens kann durchaus dazu dienen, dem Bundesrat Signale zu geben. Indes werden oft auch zu unbestrittenen Vorlagen aufwendige Vernehmlassungsverfahren durchgeführt, ebenso wie zu Verordnungen, die zu erlassen der Bundesrat die alleinige Kompetenz hat.

Es stellt sich immer wieder auch die Frage des Stellenwertes der Vernehmlassungsantworten. Dies beginnt bei der Problematik der Gewichtung, wo in der Regel jeder Absender gleich gewertet wird, und endet bei der tatsächlichen Berücksichtigung der Eingaben.

### Konzentration auf das Wesentliche

Zu viele Vernehmlassungen, die oft wenig Bedeutendes zum Gegenstand haben, mit zweifelhaftem Einfluss auf den weiteren Gang der Dinge: Vieles liesse sich



Vernehmlassungsverfahren: Papierkrieg mit oft nur zweifelhafter Wirkung. (Photo Key)

durch eine Straffung des Vernehmlassungsverfahrens verbessern. Eine Konzentration auf das Wesentliche würde den Stellenwert der einzelnen Vorlagen und

die Qualität der Antwort erhöhen und damit das Verfahren insgesamt aufwerten. Beim Vernehmlassungsverfahren gilt deshalb: Weniger wäre mehr. ■

## 20 Milliarden?

Die Schulden der Eidgenossenschaft liegen heute bei über 80 Milliarden Franken. Im Jahre 2000 werden es 100 Milliarden sein. Allein für die Finanzierung der bestehenden Sozialversicherungen werden uns bis ins Jahr 2010 rund 14 Milliarden Franken fehlen. Dessen ungeachtet fordert die SP den masslosen Weiterausbau des Sozialstaates Schweiz. Die finanziellen Folgen wären verheerend.



Seite 14

### Inhalt

- Die ersten Erfahrungen der neuen FDP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier: Ab Seite 5
- Jugendliche und Drogen in der Kleinstadt. Ein Erfahrungsbericht. Seite 9
- Eine Viertelmillion für eine Treppe und ein Bad? Bauen in der Schweiz: Seiten 10 und 11

70565

# Staatschutz im freiheitlichen Staat: widersprüchlich oder unabdingbar?

In der ersten Sessionswoche der Sommersession hat sich der Nationalrat mit der Frage des Staatsschutzes auseinandergesetzt. Die Debatte um die Initiative «Schweiz ohne Schnüffelstaat» und das künftige Staatsschutzgesetz hat gezeigt, wie weit die Meinungen und Positionen in dieser Grundsatzfrage auseinanderliegen.

**FDP-Nationalrat Peter Weigelt, St. Gallen**

Die Diskussion über den Staatsschutz wird von der Meinung beherrscht, dass letztlich ein Widerspruch bestehe zwischen der Forderung, jedem Individuum grösstmögliche Freiheit einzuräumen, und dem Postulat, dass sich der Staat vor einzelnen Individuen oder Gruppen zu schützen habe. Der Irrtum, mit dem dieser Widerspruch fälschlicherweise immer wieder konstruiert wird, besteht in der abwegigen Ansicht, Freiheit sei grenzenlos.

## Freiheit ohne Grenzen gibt es nicht

In der Theorie gibt es wohl eine grenzenlose Freiheit in Form der Anarchie. Die anarchische Freiheit kennt aber die Grenzen der Freiheit des Nächsten nicht, sie ist vielmehr schranken- und skrupellos.

**Wenn aber präventive Massnahmen geplant sind, so wird primär für den Liberalen eine Grenze geritzt, welche zwingend zum Widerspruch herausfordert.**

Daraus folgt die Einsicht, dass Freiheit für eine grössere Anzahl von Menschen oder eine Gesellschaft nur bestehen kann, wenn ihrer Ausübung Grenzen gesetzt sind. Diese Grenzen der Freiheit des einen gegenüber den Freiheiten des andern sind Recht in seiner ursprünglichsten Form. So weit sind sich wohl alle politischen Kräfte in der Schweiz einig. Der erwähnte Widerspruch tritt dort ein, wo es gilt, die Grenzen zu definieren. Allgemein wird da-

**Der Irrtum, mit dem dieser Widerspruch fälschlicherweise immer wieder konstruiert wird, besteht in der abwegigen Ansicht, Freiheit sei grenzenlos.**

bei vom Grundsatz der «Angemessenheit staatlichen Handelns» ausgegangen.

## Präventive Massnahmen fordern Widerspruch

Bei konkreter Gefährdung der inneren Sicherheit und freiheitlicher Grundwerte kann die Angemessenheit staatlichen Handelns durchaus abgesteckt und definiert werden. Wenn aber präventive Massnahmen geplant sind, so wird primär für den Liberalen eine Grenze geritzt, welche zwingend zum Widerspruch herausfordert. Wie rasch solche Grenzen überschritten werden, hat die Debatte der eidgenössischen Räte gezeigt, haben sich doch der Ständerat und eine Minderheit des Nationalrates für die Ermöglichung der präventiven Telefonüberwachung – ohne richterliche Ermächtigung – ausgesprochen. Die mit einer solchen Bestimmung tangierte Privatsphäre ist jedoch weit höher zu werten als die Vorteile für eine Behörde, ausserhalb ordentlicher Verfahren in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen. Ist das Instrument der Telefonüberwachung notwendig, so sind dafür verfahrensmässige

**Im selben Mass, in dem sich der Staat vom Staatszweck der Freiheitsbewahrung entfernt, gerät auch der grundsätzlich staats-treue Liberale in Widerspruch zu ihm.**

und materielle Voraussetzungen zu schaffen, welche einem Rechtsstaat entsprechen.

## Statsschutz – Verwesentlichung gefordert

Bei aller Zwiespältigkeit kann aus liberaler Sicht von einer Abschaffung des Staatsschutzes keine Rede sein. Doch wenn sich der Staatsschutz in seiner Prävention auf seine Kritiker konzentriert – und seien sie noch so zynisch und bitterböse –, dann verfehlt er sein Ziel. Und im selben Mass, in dem sich der Staat vom Staatszweck der Freiheitsbewahrung entfernt, gerät auch der grundsätzlich staats-treue Liberale in Widerspruch zu ihm. Darin spiegelt sich auch die Skepsis gegenüber dem wuchernden Verwaltungsapparat und dem Glauben an die staatliche Machbarkeit. Und deshalb ist es dem Liberalen auch nicht wohl mit einer überhiesigen Staatsschutzgesetzgebung.

Die geforderte Verwesentlichung des Staatsschutzes kann auf folgende Postulate reduziert werden:

■ Der Staatsschutz muss sich auf den Teil des Staates konzentrieren, der mit der Wahrung der Freiheit zu tun hat, also auf die Substanz des freiheitlichen Rechtsstaates.

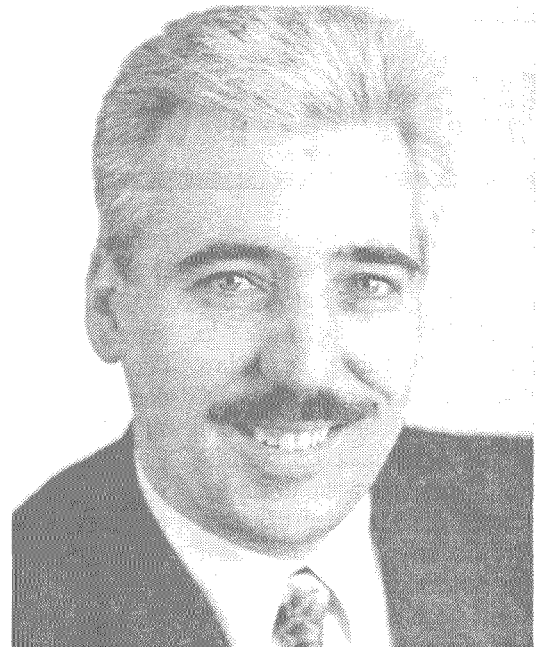
■ Der Staatsschutz darf sich nur auf Personen und Gruppen aus-

richten, die den Staat in seiner freiheitlichen Substanz real gefährden.

■ Der Staatsschutz ist nur gefordert, wenn die Gefährdung beträchtlich ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass für den Liberalen ein effizienter Schutz staatlicher Einrichtungen nur dann tieferen Sinn hat, wenn diese der Förderung und Bewahrung seiner Freiheit dienen.

Das Ja zum Staatsschutz misst sich an der Frage, inwieweit man zum Staat an sich Ja sagen kann. Die liberale Hauptforderung der Verwesentlichung trifft deshalb nicht den Staatsschutz als Einzelphänomen, sondern den Staat in seiner Gesamtheit. ■



# Gentechnologie ist unsere Zukunftschance

## Welches ist Ihr Lebensmotto?

Quid quid agis prudenter agas et respice finem! Frei deutsch: Lebe und handle so, dass du vor dir selber jetzt und künftig kein schlechtes Gewissen haben musst!

## Wenn Sie in die Zukunft blicken, worin gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

1. In die Fortschritte bei der Gentechnologie, die sowohl für die Medizin als auch für die Landwirtschaft gewaltige Durchbrüche bringen werden.

2. Dass die Frauen faktisch, nicht nur theoretisch gleichgestellt sind, namentlich auch in der Wirtschaft!

## Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

1. Dass an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vielfach vorbeipolitisiert wird.

2. Als Kleinbaslerin insbesondere unser Ausländerproblem.

## KURZBIOGRAPHIE

### Elisabeth Spreng

**Zur Person:** Aufgewachsen in einer Arztfamilie in Basel-Stadt und Pfeffingen BL. Ledig, aber seit vielen Jahren in festen Händen. Während der Woche wohne ich im Kleinbasel «mitten in der Stadt», meine Wochenenden geniesse ich in meiner Wahlheimat Sörenberg LU.

**Alter:** 50. Berufliche Stationen: Matura Typ B, Ballett-Tänzerin am Stadttheater Basel, Biochemie-Studium, Diplom als Akademisch-Technische Assistentin in Physiologischer Chemie. 1971 Eintritt bei Sandoz. Diverse Aufgabengebiete bei Pharma (Entwicklung, Qualitätssicherung, Kommunikation). Seit 1986

## Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Wichtig: die Erfindung der Schrift, entbehrlich: Krieg.

## Was sollte unbedingt noch erfunden werden?

Dank der Gentechnologie wirksame Therapien gegen heute noch unheilbare Krankheiten wie Krebs, Aids oder Alzheimer sowie ausreichend Nahrungsmittel für die gesamte Weltbevölkerung.

## Was lieben Sie an der Schweiz?

Präsidentin der Akademiker-Vereinigung Sandoz (interne Angestellten-Organisation in der Basler Chemie).

**Politischer Werdegang:** 1986 Eintritt in Quartierverein oberes und mittleres Kleinbasel der Basler FDP. Aktiv in der Frauengruppe. Seit 1992 Vizepräsidentin der Kantonalpartei, seit 1994 Vizepräsidentin der Freisinnigen Frauen Basel-Stadt. 1995 Nationalratskandidatin, 1996 Grossratskandidatin. Seit 1994 Moderatorin einer Arbeitsgruppe CVP/FDP/LDP zur Frage der Pflögetaxen in Basel-Stadt. Schwerpunkte: Angestelltenpolitik, Sozialpolitik, Gesundheitswesen.

**Liebste Tätigkeit:** Wandern, Gärtnern, Skifahren, Kochen, «das Schöne geniessen».



Elisabeth Spreng: Städterin mit Herz für die Berge.

Ihre Eigenständigkeit mit den demokratischen Volksrechten, ihre Naturschönheiten, ihre sprachliche, kulturelle und politische Vielfalt.

## Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Persönliche Schwäche: Perfektionismus; neben neuen Ideen, Kämpfergeist und Ausdauer auch meine persönliche Stärke!

## Wenn Sie noch einmal wählen könnten: welchen Beruf würden Sie heute erlernen?

Juristin.

## Welchen Film haben Sie kürzlich angeschaut?

Video über die Fahrt mit dem Glacier-Express.

## Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Christoph Blocher, um mit ihm über Angestelltenpolitik zu diskutieren (z. B.: Nationalfeierntag 1. August=bezahlter freier Tag).

## STICHWORTE

**Internet:** Phantastisches Kommunikationsmittel, vorläufig lange Wartezeiten.

**Sozialstaat:** Drei-Säulen-Prinzip sichern, Ausbau nur soweit finanzierbar; flexibles Rentenalter für Mann und Frau überprüfen; Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger fördern und belohnen (Pflegefälle mit Ersparnissen werden heute «bestraft»).

**Agrarpolitik:** «Buch mit sieben Siegeln», zu viele Partikularinteressen.

**Verfassungsrevision:** Ja, unbedingt nötig, aber durch modernes Management und nicht durch Aufblähung des Staatsapparates.

**Preisüberwacher:** An sich eine sinnvolle Einrichtung, wenn nicht nur Alibifunktion; mir persönlich konnte der Preisüberwacher bei einem dringenden Problem nicht helfen.

**«Arena»:** Polit-Show, vielfach Gäste zürcherischer Provenienz, wortgewandte Vielfredner dominieren, Spektakel ohne grossen Inhalt.

## Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Bergsteigen; ich bin nicht schwindelfrei.

## Welchen Wunsch möchten Sie sich noch erfüllen?

1. Einmal mit einem alten Raddampfer den Vierwaldstättersee durchpflügen (als Kapitänin!).  
2. Ohne Baustelle auf der Autobahn von Basel bis Wiggertal fahren. Abschwächung: Wenn schon Baustellen, dann solche mit mindestens drei Mann im Einsatz!



# Wahrheiten auf der Spur

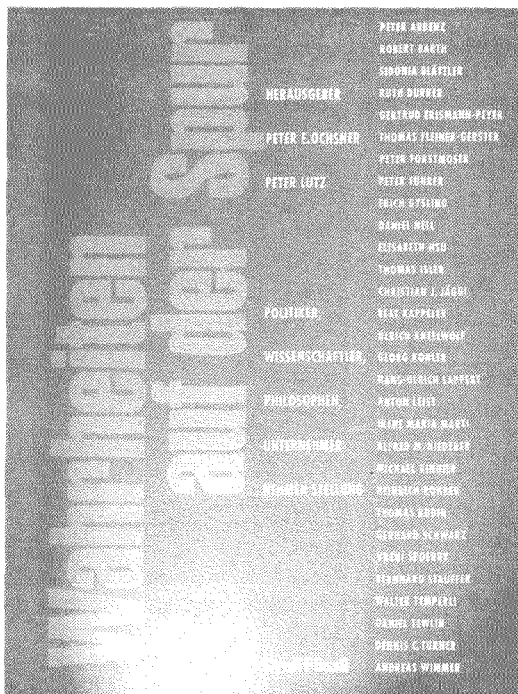
Wer sie gepachtet hat, macht sich verdächtig. Denn die eine gültige Wahrheit gibt es wohl nicht. Anders verhält es sich mit dem Plural: Wahrheiten gibt es viele, ihnen sind kaum Grenzen gesetzt.

In der Aufsatzsammlung «Wahrheiten auf der Spur» kommt eine vielseitige Auswahl zum Zug: In dreissig Beiträgen wird ein Themenspektrum behandelt, das von der Politik über Wirtschaft, Philosophie, Literatur, Wissenschaft bis zu Recht und Medien reicht. Mit interessanten und kontroversen Ansichten: Da beschreibt der Physik-Nobelpreisträger Heinrich Rohrer die Wissenschaft als eine Gratwanderung zwischen «wahr» und «unwahr»; DRS-Sonderkorrespondent Erich Gysling geisselt die Jagd der Medien nach Einschaltquoten; Politikerin Vreni Spoerry relativiert den Wahrheitsanspruch des politischen Systems, oder Krimipfarrer Ulrich Knellwolf ortet die Wahrheit des Glaubens in einer Person.

Das Resultat ist eine Sammlung von provokativen und originellen Ansichten über unterschiedliche Teile unserer Realität, welche vor allem eines offenlegt: Gerade in unserer kurzlebigen Zeit ist die Frage nach dem Bleibenden im Wandel faszinierend – und notwendiger denn je.

Alle Autoren (-innen) und die Herausgeber haben auf Honorare verzichtet. Mit dem Erlös aus Direktbestellungen (vgl. Inserat in dieser Nummer) wird die Arbeit des Besucherdienstes Zürich mit 18 Franken pro verkauftes Exemplar unterstützt. Im Sinne der Arbeitsrehabilitation bietet diese private Organisation für Frauen und Männer, die auf Grund psychischer Schwierigkeiten in ihren beruflichen Möglichkeiten beeinträchtigt sind, einen Ausbildungskurs von 13 Wochen an sowie geschützte Arbeitsplätze in der Betagten- und Behindertenhilfe.

Wahrheiten auf der Spur: Politiker, Wissenschaftler, Philosophen, Unternehmer nehmen Stellung. Mit Beiträgen von: Peter Arbenz, Thomas Fleiner, Peter Forstmoser, Erich Gysling, Daniel



Hell, Beat Kappeler, Ulrich Knellwolf, Michael Ringier, Heinrich Rohrer, Gerhard Schwarz, Vreni Spoerry...

Bestellungen an: Peter Lutz, Forchstrasse 2, 8032 Zürich, Fax 01/382 3002.

*Wahrheiten auf der Spur: Herausgeber Peter E. Ochsner und Peter Lutz. 287 Seiten, Format 16x23 cm. ISBN 3-280-02341-6. Preis 48 Franken. Im Orell-Füssli-Verlag, beim Herausgeber (Adresse vorstehend) oder im Buchhandel.*

## Arbeitsverhältnis

Das Arbeitsverhältnis stellt einen besonders sensiblen Bereich für die Verwirklichung der Grundrechte dar. Der Arbeitnehmer ist in mancher Hinsicht vom Arbeitgeber abhängig. Dieses Abhängigkeitsverhältnis verlangt Schutz der Grundrechte des Arbeitnehmers und gestaltet andererseits deren Schutz bzw. deren Verwirklichung besonders schwierig.

Die Autorin zeigt in ihrer Arbeit Umfang und Grenzen einer Grundrechtsausübung in rechtlicher Hinsicht auf. Sie legt dar, wie weit die Grundrechtsausübung eines Arbeitnehmers gehen darf, ohne dass dieser gegen seine vertraglichen Pflichten verstösst. Darf der Arbeitnehmer aus moralischen oder religiösen Gründen seine Arbeit verweigern? In welchem Umfang wird er durch ein-



gehen eines Arbeitsverhältnisses in seiner Meinungsfreiheit eingeschränkt? Die Autorin weist darauf hin, dass sich solche oder ähnliche Fragen nicht unabhängig von den konkreten Umständen eines Arbeitsverhältnisses lösen lassen.

Neben den rechtlichen Schranken zeigt die Autorin die faktischen Grenzen einer Grundrechtsausübung auf. Es wird beispielsweise dargelegt, inwieweit das heutige Kündigungsrecht auf die Grundrechtsausübung eines Arbeitnehmers Einfluss zu nehmen vermag. Dazu unterbreitet die Autorin Lösungsvorschläge, wie sich die Grundrechte nach der heutigen Rechtslage effektiver durchsetzen lassen.

*Claudia Camastral: Grundrechte im Arbeitsverhältnis, 230 Seiten, Fr. 49.–. ISBN 3 725305412. Verlag Rüegger AG, Chur.*

# Regieren statt revidieren

Wie erhält die Schweiz endlich eine Regierung, die diesen Namen verdient, und ein Parlament, das auf der Höhe seiner Aufgabe ist? Wie kann man das Treten an Ort, das seit Jahren die Innen- und Aussenpolitik dominiert und lähmt, endlich überwinden? Wie lässt sich die Schweiz reformieren, damit das Land für die kommenden Herausforderungen gerüstet ist?

Nicht mit einer von Juristen ausgedachten Verfassungsrevision, argumentiert der Autor, sondern mit einer neuen Politik.

Die Schweiz soll künftig von einer Koalitionsregierung geführt werden, die ein verbindliches Regierungsprogramm verfolgt und die zurücktritt, wenn sie in wichtigen Fragen in die Minderheit versetzt wird. Beat Kappeler will aufzeigen, wie diese Reform zu verwirklichen wäre, und scheucht dabei zahlreiche heilige Kühe auf, die bis anhin auf den Wiesen der helvetischen Innenpolitik friedlich grasen.

*Beat Kappeler: Regieren statt revidieren. Eine Streitschrift wider die Verfassungsreform.*



*64 Seiten, gebftet, Fr. 14.–, ISBN 3-85504-162-8. Weltwoche-ABC-Verlag, Postfach, 8021 Zürich.*





TITELGESCHICHTE

Ein halbes Jahr ist es her, seit die neuen Parlamentarierinnen und Parlamentarier vereidigt wurden. Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. (Photo rot)

## Den Wahlkampfversprechen treu bleiben

Zu beinahe einem Drittel wurde die FDP-Bundeshausfraktion anlässlich der Gesamterneuerungswahlen im vergangenen Herbst erneuert. Viel Zeit, sich in Bern erst einmal einzuleben, blieb den «Neuen» indes nicht: Schon in der Winter- und Frühjahrssession hatten sie unter anderem über das Budget 1996, das Kriegsmaterialgesetz, das Arbeitsgesetz, zwei Asylinitiativen und die künftige Drogenpolitik zu entscheiden. Ebenso harren Geschäfte wie Neat, Sanierung der Bundesfinanzen, Liberalisierung von Telecom und Post sowie das Projekt der Totalrevision der Bundesverfassung der baldigen Behandlung.



Montreux, Parteitag der FDP vom 12. und 13. April 1996: «Bisere» und «Neue» erwarteten gemeinsam die Vision des zukünftigen FDP-Finanzpolitik Nationalrat Kabi Bangerter (BF), nach die Nationalrätin Ruth Gonseth (SF), Gerald Bühner (SF) und Peter Kolmel (SD, neu).

Markus R. Suter, Präsident FDP Schweiz

Die Antworten der Nationalräteinnen und Nationalräte jenseits der Landesgrenzen

wählten FDP-Ständerätinnen und Ständeräte folgen im nächsten «Freisinn».

Sommersession 1996: Auch an das ständige haben sich die «Neuen» schnell gewöhnt.

Kommen und Gehen zwischen den Abstimmungen (Photo key)

# Den Wahlkampfversprechen treu bleiben – Teil 2

**MRS.** Zu beinahe einem Drittel wurde die FDP-Bundeshausfraktion anlässlich der Gesamterneuerungswahlen im vergangenen Herbst erneuert. Viel Zeit, sich in Bern erst einmal einzuleben, blieb den «Neuen» nicht: Schon in der Winter- und Frühjahrssession hatten sie unter anderem über das Budget 1996, das Kriegsmaterialgesetz, das Arbeitsgesetz, zwei Asylinitiativen und die künftige Drogenpolitik zu entscheiden. Ebenso harren Geschäfte wie Neat, Sanierung der Bundesfinanzen, Liberalisierung von Telecom und Post sowie das Projekt der Totalrevision der Bundesverfassung der baldigen Behandlung.

Der «Freisinn» hat die «Neuen» nach ihren ersten Eindrücken und Erfahrungen gefragt. Die Antworten der meisten neugewählten Nationalrätinnen und Nationalräte wurden im «Freisinn 6/96» publiziert. Nachfolgend kommen nun die restlichen Mitglieder der grossen Kammer und die neuen Ständerätinnen zu Wort.



Ein Küsschen zum Beginn der neuen Legislaturperiode: Die beiden grünen Nationalrätinnen Ruth Gonseth (links) und Cécile Bühlmann. (Photo key)

**Yves Guisan,**  
Conseiller national, Vaud

**Marcel Sandoz,**  
Conseiller national, Vaud

**Nationalrat Georges Theiler,**  
Luzern

**Wie haben Sie sich als neues Mitglied der eidgenössischen Räte in Bern zurechtgefunden?**

Il est toujours stimulant de relever des défis. En l'occurrence, il est loin d'être évident de trouver le fil d'Ariane dans le labyrinthe des procédures et des montages de papier qui l'accompagnent. Mais avec patience et persévérance j'ai bien l'intention de trouver le chemin.

Oui, je me sens bien en tant que parlementaire. La deuxième session fut déjà plus intéressante que la première. On commence à connaître les rouages d'un système auquel nous devons nous adapter. Mais même après deux sessions je n'ai pas encore l'impression d'être complètement rôdé ni d'avoir atteint ma vitesse de croisière.

Gut. Die Aufnahme in die Fraktion war sehr offen und kollegial.

**Was hat Sie an der «Arbeit» in Bern über- rascht? Was hat Sie gefreut, was geärgert?**

Peu ou pas de surprise. Ce qui m'a plu et me plaît encore, c'est l'importance des enjeux et la qualité des réflexions. Par contre ce qui me plaît moins, ce sont les obstacles à contourner pour parvenir à s'exprimer. Il y a là tout un jeu d'influences qui ne laisse pas nécessairement place à l'esprit démocratique.

Surpris, je l'ai été par l'immense travail d'étude de dossiers. Par l'avalanche de papier. Ce qui m'a plu? C'est la gentillesse des collègues, très compréhensifs face à nos questions et à nos préoccupations. Ce qui m'a déplu? Cette impression d'inefficacité de certaines palabres, surtout sur des sujets mineurs. J'ai aussi eu de la peine à accepter cette discipline parlementaire qui enlève beaucoup de spontanéité.

Die Papierflut, welche täglich ins Haus strömt, ist gewaltig. Gefreut hat mich der gut organisierte, kundenfreundliche Parlamentsdienst. Geärgert hat mich die Art der Kommissionszuteilung. Das Dienstalter allein bietet keine Gewähr für einen optimalen Personaleinsatz.

**Welche thematischen Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer politischen Arbeit? Haben Sie das so geplant, oder haben sich diese Prioritäten mehr zufällig ergeben?**

Je me suis investi depuis longtemps dans la recherche d'un équilibre entre l'économie de marché et le bien-être social. Je n'ai donc aucune difficulté à continuer dans la ligne que je m'étais fixée.

En tant que président de l'Union suisse des paysans vous comprendrez que mes préoccupations s'orientent vers les affaires de l'agriculture et la place qui lui revient dans le concert des secteurs économiques. Cela m'amène tout naturellement à me préoccuper davantage des questions économiques où je me sens plus à l'aise.

Die Sanierung der Staatsfinanzen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft bleiben meine ersten Ziele. Durch die Tätigkeit in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen sind die Prioritäten etwas verschoben worden.

**Wieviel Zeit investieren Sie in Ihr Mandat? Wofür?**

Sans faire de calcul d'apothicaire, qu'il s'agisse des sessions, des séances de commissions ou des lectures nécessaires pour maîtriser les dossiers ou parfaire sa culture politique, il faut compter environ 40% de mon temps. Il se répartit sur tous les jours et toutes les heures.

Beaucoup, ou s'il fallait quantifier la chose je dirais 5 mois par année environ. Temps consacré surtout à l'étude de dossiers et aux relations humaines.

Ich bin in der Lage, 50 Prozent meiner Arbeitszeit für die Politik einzusetzen. Parteiarbeit und öffentliche Auftritte beanspruchen darüber hinaus noch einen Teil meiner Freizeit.

**Was wollen Sie bis zum Ablauf der Legislatur auf jeden Fall noch erreichen?**

Voir la Suisse cesser de se recroqueviller sur elle-même et entrevoir le rôle exceptionnel qu'elle pourrait à nouveau jouer en Europe et dans le monde.

Question mal posée, on ne sait pas s'il s'agit de l'activité politique ou sur le fonctionnement du Parlement.

Die Massnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen müssen beschlossen sein.

**Wenn Sie zurückblicken: Würden Sie noch einmal für einen Sitz im Parlament kandidieren?**

Sans hésitation!

Quel est le parlementaire qui à peine 6 mois après son entrée en fonction peut affirmer que si c'était à refaire il ne le referait pas? Honnêtement pensez-vous qu'il vous le dirait?

Mir gefällt die vielseitige und anspruchsvolle neue Aufgabe, also ein klares JA!

En ce qui me concerne, je vous dis que si c'était à refaire je le referai. C'est une activité intéressante qui nécessite des efforts de tout genre de notre part et qui convient parfaitement à l'homme d'action que je suis.

**Nationalrätin Doris Vulliamy,  
Appenzell-Ausser Rhodes**

In der Fraktion sehr schnell, weil wir «Neuen» kollegial aufgenommen wurden. Dies gilt auch fürs Parlament. Nur braucht es dort mehr Zeit, weil ich über die Fraktion hinaus weitere Kontakte knüpfen möchte.

Überrascht, dass das Redenkönnen vor dem Rat so streng (prohibitiv) reglementiert ist. Gefreut, dass in der Fraktion andere Meinungen respektiert werden. Geärgert, dass sachlich überzeugende Anträge im Rat auch von der «richtigen» politischen Gruppe vorgeschlagen werden müssen.

Neben den Themen der Rechtskommission, der ich angehöre (Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit, Fristenlösung, Revision des Ehescheidungsrechtes), alle wirtschaftsrechtlichen Fragen zur Erhaltung des Arbeitsplatzes Schweiz. Mein erster Vorstoss im Rat geht auch in diese Richtung: die steuerliche Behandlung des Kaufs eigener Aktien.

Im Augenblick 60 Prozent. Das bedeutet neben meinem beruflichen Engagement: Sonntagsarbeit ist die Regel! Vor allem für die Vorbereitung der Kommissionsitzungen, Sessions. Dazu kommt die politische Arbeit im Kanton (Parteileitung) und in den Gemeinden nicht nur bei Abstimmungsvorlagen.

Prioritär die Sanierung der Bundesfinanzen als Voraussetzung für die Zukunft unserer Wirtschaft und die Totalrevision der Bundesverfassung als Zeichen unseres gemeinsamen Willens zur Erneuerung.

Ja! Der Wahlkampf hat mir sehr viele **menschliche Kontakte im ganzen Kanton** gebracht: er war spannend und fair und hat mir einmal mehr gezeigt, dass wir gerade wegen der Verschiedenheit der politischen Ideen nur miteinander unsere Schweiz gestalten können.

**Daniel Vogel,  
Conseiller national, Neuchâtel**

L'adaptation est facilitée par une organisation faite pour assister les parlementaires dans leur travail.

- a) La dimension que les médias donnent à des faits de peu d'importance.
- b) La disponibilité des membres du Conseil fédéral à l'égard des parlementaires.
- c) La longueur des débats.

Soutenir les intérêts des régions périphériques et favoriser leur intégration à la dynamique économique et sociale du pays.

Outre le temps des sessions et de participation aux séances du Groupe et des commissions, quelques heures. Mon activité de parlementaire reste accessoire.

Contribuer à une meilleure intégration de la Suisse à l'Europe.

Oui.

**Nationalrat Peter Weigelt,  
St. Gallen**

Sehr gut. Einerseits war die Aufnahme in der Fraktion und im Rat offen und kollegial. Andererseits konnte ich von meiner parlamentarischen Arbeit in St. Gallen sowie meiner Erfahrung als Fraktionssekretär einer Kantonalratsfraktion profitieren.

Negativ überrascht hat mich die Überreglementierung und Einschränkung, welche sich das Parlament selbst auferlegt hat, etwa in Form der organisierten Debatten. Gefreut hat mich insbesondere die hohe Anteilnahme der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche durch zahlreiche Reaktionen immer wieder zu kritischer Selbstbeurteilung herausfordern und die eigene Arbeit zu einem Teil des Ganzen werden lassen.

Nach mehrjähriger Tätigkeit in der Finanzkommission des Kantons St. Gallen und entsprechenden Kommissionspräsidien habe ich mich bisher auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik konzentriert. Zusätzlich konzentriere ich mich auf die Ordnungspolitik als Basis unseres politischen Handelns, da ich überzeugt bin, dass der ordnungspolitische Erneuerungsprozess nicht nur ein Zwang, sondern auch eine Chance für die Schweiz von morgen ist.

Mit der Amtsübernahme sah ich mich gezwungen, meinen Betrieb neu zu strukturieren. Dabei ging ich von einer 50prozentigen Belastung aus. Heute zeigt sich, dass dieser Wert ungefähr der Realität entspricht. Als ehemaliger Parteisekretär weiss ich um die Erwartungshaltung, die im eigenen Kanton gegenüber einem Nationalrat besteht. Diesem Anspruch will ich möglichst gerecht werden.

Ich habe für mich persönliche und politische Ziele definiert. Diese sind für mich Wegleitung in der hektischen und oft ausufernden Arbeit als Parlamentarier. Auf alle Fälle will ich dazu beitragen, dass bei den Bundesfinanzen der negative Trend endlich gebrochen werden kann und sich die Schweiz wieder auf die ordnungspolitischen Tugenden besinnt.

Ja, mit Motivation und Überzeugung.

**Ständerätin Erika Forster-  
Vannini, St. Gallen**

Im grossen und ganzen gut. Dabei hat mir die freundliche Aufnahme in der Ständeratsfraktion sehr geholfen. Die parlamentarische Arbeit in Bern weicht nicht stark von der kantonalen ab, was ein Zurechtfinden natürlich enorm erleichtert. Mühe hatte ich anfänglich mit den Aktenbergen. Ich musste mir deshalb einen raschen und effizienten Arbeitsstil zulegen und Schwerpunkte setzen.

Das hohe Niveau der Debatten im Ständerat. Polemik findet selten statt; und die spontane Rede und Gegenrede erhält viel Raum. Überrascht hat mich vor allem das rege «Tun» ausserhalb der eigentlichen Ratsarbeit. Da die Koordination oft zu wünschen übriglässt, hetzen pflichtbewusste «Neulinge» oft von Sitzung zu Sitzung und vermischen wirklich vertiefte Gespräche im kleinen Kreis.

Finanz-, Energie-, Aussen- und Staatspolitik. Ich habe es mir so gewünscht und bin froh, dass ich in den entsprechenden Kommissionen Einsitz nehmen konnte. Schon während meiner Arbeit im Kantonsparlament habe ich ähnliche Schwerpunkte gesetzt. Die Herausforderung, als Nichtjuristin an der Lösung grundsätzlicher Fragen der Strukturierung und Organisation unseres Staatswesens teilhaben zu können, fasziniert mich.

Im Moment sehr viel. Als Neuling muss ich mich in vieles einarbeiten, was natürlich mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden ist. Inklusiv Aktenstudium (das Papier türmt sich meistens auf meinem Schreibtisch) bis zu 70%. Im Schnitt zwei Tage Kommissionsarbeit in Bern, Aktenstudium und Präsenzzeiten an kantonalen Anlässen.

Die Sanierung des Bundeshaushaltes, was die Beseitigung des strukturellen Defizits betrifft. Die Antworten geben für die Sicherung der Sozialwerke für die kommende Generation. Die Formulierung und Umsetzung einer Energiepolitik, die die Versorgung sichert und gleichzeitig keine unannehmbare Hypothek für die Zukunft darstellt. Das Heranführen der Schweiz an Europa.

Ja.



**Wie haben Sie sich als neues Mitglied der eidgenössischen Räte in Bern zurechtgefunden?**

**Was hat Sie an der «Arbeit» in Bern überrascht? Was hat Sie gefreut, was geärgert?**

**Welche thematischen Schwerpunkte setzen Sie in Ihrer politischen Arbeit? Haben Sie das so geplant, oder haben sich diese Prioritäten mehr zufällig ergeben?**

**Wieviel Zeit investieren Sie in Ihr Mandat? Wofür?**

**Was wollen Sie bis zum Ablauf der Legislatur auf jeden Fall noch erreichen?**

**Wenn Sie zurückblicken: Würden Sie noch einmal für einen Sitz im Parlament kandidieren?**

**Ständerätin Helen Leumann-Würsch, Luzern**

Gut.

Sehr interessant ist die Parlaments- und Kommissionsarbeit. Im kleineren Gremium des Ständerates findet eine intensive Diskussion zu Sachthemen statt. Als ehemaliges Mitglied eines kantonalen Parlaments bin ich jedoch intensivere parteipolitische Auseinandersetzungen gewohnt. Diese vermisse ich in der Fraktion des Ständerates.

Als Geschäftsfrau mit eigenem Familienbetrieb liegen meine thematischen Schwerpunkte eindeutig bei der Wirtschafts- und Gewerbepolitik. Gewisse Prioritäten sind mir als Mitglied der WBK und der UREK vorgegeben. Diese stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik, aber auch mit meinem Mandat als Ständesvertreterin von Luzern.

Ca. 70% meines Arbeitspensums, für Session, Kommissionssitzungen, Vorbereitungen, Teilnahme an diversen Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Parteanlässen.

Als Ständerätin gilt mein Einsatz vor allem der Stärkung des Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturraumes Luzern.

Ja.

**Françoise Saudan, Conseillère aux Etats, Genève**

L'expérience parlementaire cantonale m'a été précieuse et je n'ai pas rencontré de difficulté particulière.

La nécessité de maîtriser de nombreux sujets en peu de temps. Ce qui m'a réjoui, la qualité de mes collègues aux Conseil des Etats et leur accueil et pour le moment, rien ne m'a encore agacée!

Une économie faste, seule garante de la pérennité d'une société solidaire.

Beaucoup de temps, car une bonne connaissance des dossiers fédéraux est une nécessité pour un travail sérieux.

Etre efficace afin de servir au mieux les intérêts de mon pays.

Certainement!

## Informationspaket FDP

**MRS.** Mit dieser Nummer endet die «Vorstellung» der «neuen» FDP-Mitglieder und ihrer ersten Erfahrungen in der Bundesversammlung. Die Politik aber ist schnelllebig, ändert sich, setzt immer wieder neue Schwerpunkte.

Wissen, was läuft in Bern, was unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier dazu zu sagen haben: Dies können Sie mit dem «Informationspaket FDP».



### Informationspaket FDP

Mit dem «Informationspaket FDP» sind Sie bestens informiert. Sie erhalten einmal wöchentlich den Presdienst der Partei, monatlich den «Freisinn» sowie viermal jährlich die «Politische Rundschau» zuge stellt. Im Presdienst finden Sie unter den Rubriken Aktuell, Wirtschaft, Session, Dokumentation usw. Wissenswertes. Selbstverständlich erhalten Sie auch die offiziellen Communiqués der FDP der Schweiz. Die «Politische Rundschau» behandelt jeweils ausgewählte Themen ausführlich.

### Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.– (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presse information Fr. 120.– (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr. 20.– (Jahresabonnement)

Name/Vorname: \_\_\_\_\_ 9/96

Adresse: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 312 19 51.

# Drogen in der Stadt Illnau Effretikon

Nicht anders als in allen Gemeinden ist in Effretikon der Konsum sowohl weicher und legaler als auch harter Drogen stetig zunehmend. Beängstigend ist die Tatsache, dass hier immer jüngere nicht mehr nur ungehemmt zur Zigarette greifen, sondern auch ein uneingeschränktes Angebot diverser Rauschmittel herrscht.

**Peter Stiefel,**  
Vizepräsident JLIE



Längst wird nicht mehr nur versteckt auf dem Oberstufen-Pausenplatz geraucht oder von einigen wenigen gekiff.

Bereits 5.- und 6.-Klässlern werden Ecstasy, Kokain und PCP gratis als Versuchsportionen angeboten. Unwissend, was mit ihnen geschieht, wird gerupft, gespickt, geraucht und gesoffen. Hasch gilt schon lange nicht mehr als Droge und wird wie Zigaretten geraucht.

## Aufgegriffen werden die kleinen Fische

Umschlagplätze sind heute im Spielkasino, morgen irgendwo im Wald. Wer versorgt sein will, rüstet sich mit Natel oder Pager

aus und ist rund um die Uhr erreichbar und doch nicht fassbar. An gross angelegten Razzien sind die Köpfe eigenartigerweise vororientiert und zur Stunde X nicht vor Ort. Aufgegriffen werden da nur die kleinen Fische und Konsumenten, nicht selten mit unnötiger Härte.

**Wer versorgt sein will, rüstet sich mit Natel oder Pager aus und ist rund um die Uhr erreichbar und doch nicht fassbar.**

Noch ist keine Mehrheit von der Problematik betroffen. Die Sogwirkung ist aber enorm, und man kann nicht mehr nur von einer geistig labilen Randgruppe sprechen. Gymnasiast oder Oberschüler, Sportler oder Hänger, in Vereinen Integrierter oder Desinteressierter, jeder kann betroffen sein.

schen Sicherheitspolitik mit dem Ziel, ein Klima des Vertrauens vom Atlantik bis zum Ural zu schaffen. Die «Partnerschaft für den Frieden» vereinigt zurzeit, neben den sechzehn Mitgliedstaaten der Nato, siebenundzwanzig Mitgliedstaaten der OSZE, unter denen sich auch drei neutrale Staaten – Schweden, Finnland und Österreich – befinden.

Mit einer Teilnahme an der «Partnerschaft für den Frieden» könnte die Schweiz in Zukunft von Informationen und Programmen profitieren, die ihr bis jetzt nicht zugänglich sind; auch könnte sie ihre Interessen gegenüber der Nato besser zur Geltung bringen. Bei der «Partnerschaft für den Frieden» handelt

**Die Sogwirkung ist aber enorm, und man kann nicht mehr nur von einer geistig labilen Randgruppe sprechen.**

## Der Glaube an die Zukunft fehlt

Eines haben sie alle gemeinsam: Sie haben den Glauben an die Zukunft verloren. Sie haben realisiert, dass sie in der momentanen Wirtschaftslage eine verschwindend kleine Rolle spielen. Immer weniger bekommen eine Lehrstelle ihrer Wahl, vielmehr spielt eine grosse Portion Glück mit, überhaupt einen Platz zu finden. Ob die Arbeitskraft nach bestandener Abschlussprüfung noch gefragt sein wird – das wissen die Götter.

## Handgreiflichkeiten gehören zum Alltag

Auf die Desillusion folgt der Verlust der sozialen Integration. Eltern verlieren oft die Autorität und sind der Situation nicht mehr gewachsen. Die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen untereinander, aber auch gegenüber Erwachsenen, wächst. Mitunter gehören Handgreiflichkeiten gegen Lehrer, Eltern, selbst gegen Passanten bereits zum Alltag. Re-

es sich nicht um einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag; die Schweiz geht damit keine neuen internationalen Verpflichtungen ein. Die Partnerschaft ist aus diesem Grund völlig kompatibel mit der Neutralität.

Die Schweiz könnte der «Partnerschaft für den Frieden» viele neue Impulse verleihen: Die Mehrsprachigkeit, die Respektierung der Minderheiten und die demokratische Ausgestaltung der Armee befähigen sie dazu. Die Eidgenossenschaft mit ihrer humanitären Tradition könnte ausserdem ihren Partnern wertvolle Erfahrungen im Bereich des Katastrophenhilfskorps weitergeben. ■

gelmässig werden Minderjährige der Justiz zugeführt: Ladendiebstahl, Raub, Einbruch, Handel mit Rauschgift, Hehlerei und Prostitution kommen immer häufiger vor die Jugendanwaltschaft.

Der Zwangseintritt in von Fachkräften betreute Therapien ist die letzte Massnahme in der hilflosen Situation. Geholfen wird da dem Jugendlichen oft sehr schlecht. Vielmehr herrscht in einigen Kliniken eine äusserst gute Versorgung mit Drogen. Die Betreuer sind vielfach überfordert, selbst besonders Gefährdete können nur ungenügend beaufsichtigt werden. Entsprechend schlecht sind die Erfolgsaussichten für die Betroffenen. Und das kostet viel Steuergeld.

**Die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen untereinander, aber auch gegenüber Erwachsenen, wächst. Mitunter gehören Handgreiflichkeiten gegen Lehrer bereits zum Alltag.**

Freiwillige Entzugspläne jugendlicher Abhängiger werden unterbrochen, wenn sie der Mut und der Durchhaltewille wiederholt verlassen. Verständlich, da doch ein solcher bald einmal an die 100 000 Steuerfranken kostet! Doch wer hilft ihnen jetzt? Das soziale Netz wird in unserer Schweiz je länger, je grobmaschiger. Vor dieser Tatsache dürfen wir die Augen nicht verschliessen.

Die Prävention ist sinnlos, wenn sie auf blosser gross angelegter Information beruht. Damit sind wir längst übersättigt. Vielmehr sollte jeder einzelne in seiner persönlichen Umgebung aufmerksam sein. Ein Gespräch mit einem nur unwesentlich Älteren hilft einem betroffenen Jugendlichen mehr als der drohende Mahnfinger eines Elternteils. Darüber hinaus hat man so die Möglichkeit, ihn auf das eventuelle spätere Mutter- und Vaterdasein vorzubereiten und differenzierter mit der Drogenproblematik umzugehen. ■

## STANDPUNKT

### Ja zu «Pfp»

Die Aussenpolitik spielt in der Schweizer Öffentlichkeit eine grössere Rolle, als das vor wenigen Jahren noch der Falle war. Das hat vor allem damit zu tun, dass der Status quo in der Schweizer Aussenpolitik nach dem Ende des kalten Krieges nicht beibehalten werden konnte. Jetzt ist eine aktive und vorwärtsgerichtete Aussenpolitik nötig; eine wichtige Rolle spielt dabei die Partnerschaft für den Frieden.

Das 1994 initiierte Programm ist eine Initiative der amerikani-

# Warum Bauen so teuer ist

Im Prinzip sind sich alle einig: Um den Wirtschaftsstandort Schweiz wieder konkurrenzfähig zu machen, müssen Vorschriften vereinfacht und abgebaut werden, Bewilligungsverfahren gestrafft und an Fristen gebunden werden. Dies gilt insbesondere im Baubereich. Trotzdem geschieht auf politischer Ebene noch zuwe-

nig. Am Beispiel der Stadt Bern sei nachfolgend aufgezeigt, mit welchen konkreten Problemen sich Bauwillige zuweilen auseinandersetzen haben und wo die konkreten Probleme liegen. Es geht um den Leidensweg beim Einbau einer Spindeltreppe vom 3. Obergeschoss ins Mansardengeschoss.

Die nachstehende Geschichte beruht auf wirklichen Ereignissen. Sie sind wahrheitsgetreu erzählt, wurden aber aus erzählerischen Gründen in eine einzige Geschichte zusammengefasst.

Frau Schmied, die Tochter von Frau Röthlisberger, lebt in Scheidung und ist aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen zu arbeiten. Um ihre Kinder nicht unbeaufsichtigt zu lassen, beschliessen

Frau Röthlisberger und Frau Schmied, dass Frau Schmied mit ihren Kindern zu ihrer Mutter in der Stadt Bern zieht.

Um den Mietern in den unteren Geschossen nicht kündigen zu müssen, beschliesst Frau Röthlisberger, dass ihre Tochter mit den beiden Kindern im Mansardenbereich einziehen soll und dass zwischen ihrer Wohnung und dem Mansardengeschoss eine Spindeltreppe und ein neues Bad eingebaut werden sollen. So können beide Familien zusammen, aber doch autonom wohnen.

## Die Lust am Bauen schwindet schnell

Um ja nichts falsch zu machen, beschliesst Frau Röthlisberger, auf dem Bauinspektorat anzufragen, ob sie eine Treppe und ein Bad einbauen kann und ob dies bewilligungspflichtig sei. Der zuständige Beamte spricht von Nutzungsänderungen, Erhalt von Wohnraum, Büros, Umweltschutz, Denkmalpflege, Pendlerinitiative, Spielplätzen, Lärmbelastung, Kanalisationsproblemen

und schädlichen Abwässern, Parkplätzen usw. und schickt ihr ein 4seitiges Merkblatt «für die Eingabe von Gesuchen für eine Gesamtbewilligung in der Stadt Bern».

Gemäss Merkblatt lässt sich Frau Röthlisberger die erforderlichen Gesuchsformulare schicken, die zum Teil vom Bauinspektorat abgegeben werden, zum Teil müssen sie aber bei speziellen Ämtern verlangt werden.

Das Ausfüllen aller Formulare war vielfältig und beanspruchte viele, viele Stunden.

Der von Frau Röthlisberger beauftragte Architekt bestellte amtliche Situationspläne, um den Standort der Treppe aufzuzeigen. Kosten: 250 Franken.

Das Amt für Abwasser forderte ein Video, um den Zustand der Grundleitungen zu erfahren. Die Kosten belaufen sich auf rund 1500 Franken.

Zur Erfüllung der Wünsche des Umweltschutzes musste auf Empfehlung des Sachbearbeiters berechnet werden, ob die Dachsparren ausbetoniert werden müssen. Nach seinen Angaben

könne der Schallschutz sonst nicht erreicht werden. Die Fenster im Mansardengeschoss würden am besten verschraubt, und zur Sicherstellung der Lüftung sollten mechanische Ventilatoren angebracht werden. Wohlverstanden mit Wärmerückgewinnungskomponenten!

Das Ausbetonieren der Dachbalken erfordere eine Verstärkung der gesamten Konstruktion, das Dach müsste umgedeckt werden, und die Spenglerarbeiten müssten ersetzt werden. Das alles käme auf ungefähr 97 000 Franken zu stehen. Kleine Nebenfrage: Wie konnten bis zu diesem Zeitpunkt die Studenten in diesen Räumlichkeiten überleben?

## Auch Denkmalschutz und Stadtgärtnerei schalten sich ein

Natürlich kam auch die Denkmalpflege ins Spiel. Vor drei Jahren hatte Frau Röthlisberger die alten Fenster durch besser isolierte Fenster (um Energie zu sparen) ersetzen lassen und dabei keine Fenstersprossen einbauen lassen (um Geld zu spa-

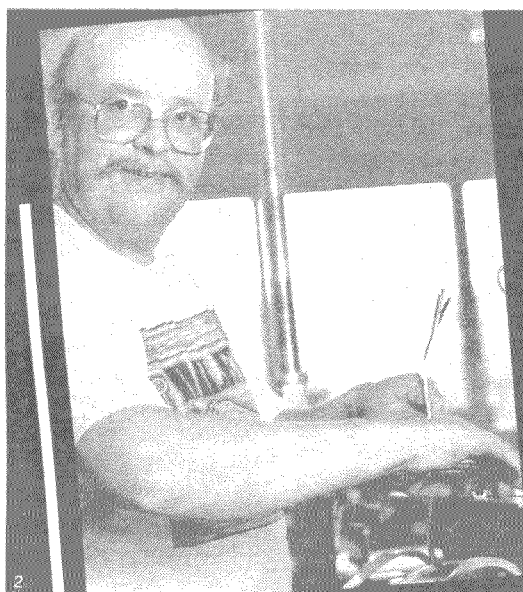
### Akteure:

**Frau Röthlisberger** (63), Hauseigentümerin in der Länggasse (4-Familien-Haus, wohnhaft im 3. Obergeschoss und einem kleinen Büro im Erdgeschoss).

**Frau Schmied-Röthlisberger** (30), Tochter von Frau Röthlisberger, lebt in Scheidung, 2 Kinder.

### Diverse:

Ämter im Bereich Baubewilligungsverfahren und ihre verantwortlichen Mitarbeiter, welche ihre Aufgabe voll wahrnehmen.



## Auch mein Arbeit braucht Kunden

«Wir können nur Transformatoren an die Maschinenindustrie liefern – wenn die schweizerische Maschinenindustrie in Europa erhalten bleibt»

Otto Ganz, Elektrowickler, Lapp-Textima AG, Hittnau

**Den Aufschwung fördern.  
Mit dem bilateralen Handelsabkommen**

Verlangen Sie Unterlagen (gratis) zum bilateralen Handelsabkommen Schweiz – E





**Bauen in Bern: ein Abenteuer, nicht nur finanziell, und symptomatisch für die Überregulierung in unserem Land. (Photo key)**

ren). Der Denkmalfleger meinte, dass das Baugesuch nur bewilligt würde, wenn dieser angeblich gravierende Makel korrigiert werde. Kosten: 3200 Franken.

Unerwarteterweise machte auch die Stadtgärtnerei Einsprache. Die beiden Parkplätze im Hinterhof seien in einen Garten umzugestalten. Folge: Keine Parkplätze, keine Parkplatzmie-

ten. Dafür wird auf Grund der dann fehlenden Parkplätze eine Parkplatzerersatzabgabe von der Stadt erhoben: Pro Parkplatz 7500 Franken, also 15 000 Franken für die zwei nun fehlenden Parkplätze.

Frau Röthlisberger müsste also einerseits auf die Parkplätze verzichten, Ersatzabgaben leisten und andererseits einen Garten gestalten lassen. Die Kosten für

den Umbau der Parkplätze in einen Garten würden zusätzlich 47 000 Franken beanspruchen.

Frau Röthlisberger wurde darauf hingewiesen, dass bei einer gewissen Bausumme auch noch ein Gesuch für die Befreiung der Schutzraumpflicht erforderlich sein. Und tatsächlich, Frau Röthlisberger wurde ersatzabgabepflichtig: pro fehlenden Schutzraum 1500, insgesamt also 4500 Franken.

In diesem Zusammenhang wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die bestehende Heizung nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen punkto Luftreinhalteverordnung genüge und dass Danfos-Ventile mit der VHKA (verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung) nachgerüstet werden müssten. Kosten: 33 000 Franken.

Die Elektrizitätswerke stellten bei einer routinemässigen Kontrolle fest, dass bei allfälligen Bauarbeiten dann eben gerade auch noch die Elektroinstallation (Sicherungen, Zähler usw.) angepasst werden müssen. Kosten: 17 000 Franken (ohne Mansardeninstallation).

### Über 200 000 Franken für eine Treppe?

Bei den nachstehenden Kosten handelt es sich um reine Baukosten, welche zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen erforderlich wären und mit welchen das Gesuch für den Einbau der erwähnten Treppe und das Bad hätte bewilligt werden müssen:

Situationspläne	250.-
Kanal-Video	1 500.-
Dach für Schallschutz,	
Isolation, Spengler	97 000.-
Fenstersprossen	3 200.-
Parkplatzumbau	
in Garten	47 000.-
Parkplatzerersatzabgabe	15 000.-
Schutzraumabgabe	4 500.-
Heizungsanpassungen	33 000.-
Elektroanpassungen	17 000.-
<b>Total</b>	<b>218 450.-</b>

Mit solchen Aufwendungen hatte Frau Röthlisberger nicht gerechnet.

Der Einbau einer Treppe mit Nasszelle und den Nebenarbeiten zur Erfüllung der Wohnbedürfnisse hätte ohne die vorgenannten Auflagen durch die Behörden

Diverse *kantonale* und *eidgenössische* Erlasse regeln die Fragen des Umweltschutzes: So zum Beispiel die Luftreinhalteverordnung, das Lufthygienegesetz, die Lärmschutz-Verordnung usw. Gemäss Bauverordnung müssen Wohn- und Arbeitsräume unmittelbar von aussen genügend Licht und Luft erhalten. Die Fensterfläche sollte mindestens einen Zehntel der Bodenfläche betragen und zu jeder Zeit zu einem genügend grossen Teil geöffnet werden können. In der Bauordnung der Stadt Bern wird präzisiert, dass Gebäude mit Räumen zum dauernden Aufenthalt von Menschen im Einflussbereich von lärmverursachenden Verkehrsträgern hinsichtlich Grundriss oder technischer Ausführungen so gestaltet werden müssen, dass möglichst günstige Wohn- oder Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

ungefähr 35 500 Franken gekostet. Damit aber diese Arbeiten ausgeführt werden können, entstehen nun zusätzliche Kosten zur Erfüllung der behördlichen Auflagen von 218 450 Franken. Die baulichen und behördlichen Anpassungen hätten eine Erhöhung des Mietzinses um 850 Franken pro Monat bewirkt.

Frau Röthlisberger beschliesst, ihr Projekt zu begraben. Sie kündigt dem Mieter im zweiten Obergeschoss und meldet Eigenbedarf an.

Wie die Geschichte endet, bleibt jedem selber überlassen. Folgende Fragen müsste man sich aber auf jeden Fall stellen:

Hat der Denkmalfleger nun seine Fenstersprossen, der Stadtgärtner seinen Garten? Wird die Luft nun reiner? Ist der Hinterhof nun autofrei?

Nichts hat sich verändert, die Mansarden bleiben von Studenten bewohnt, was kaum zu glauben ist: denn ihre Räume sind aus amtlicher Sicht unbewohnbar.

*Entente Bernoise*

**itsplatz  
in Europa.**

und unsere 35 Arbeitsplätze  
unden gewinnt.»

**mmen Schweiz - Europa.**

ropa: Wirtschaftsförderung (Wf), Postfach 502, 8034 Zürich

KOLUMNE

## Eidg. dipl. Journalisten?



Unter dem mehr oder minder sanften Druck des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat sich der Bundesrat entschlossen, den Journalistinnen und Journalisten das Zeugnisverweigerungsrecht zuzubilligen. So sieht es die Mitte Juni verabschiedete Botschaft zur Revision des Strafgesetzbuches vor, allerdings mit Einschränkungen. Das Recht soll dann nicht gelten, wenn das Zeugnis eines Medienschaffenden geboten ist, jemanden aus einer direkten Gefahr für Leib und Leben zu retten, oder eine schwere Straftat aufzuklären ist. Die Auslegung im Einzelfall obliegt dem Richter.

Den Schritt in die richtige Richtung tut der Bundesrat also zögerlich. Was die Ärzte, An-

wälte oder Geistlichen an umfassenden Privilegien im Strafverfahren geniessen, soll den Medienangehörigen nicht zugestanden werden. Dagegen lässt sich in einer auf unabhängige Medien angewiesenen Demokratie einiges einwenden.

Im Vernehmlassungsverfahren und in der parlamentarischen Behandlung dürften auch Stimmen laut werden, die Radio, Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften ein «Ungenügend» vorwerfen, namentlich ihren Hang zur Sensationshascherei, zum Populismus und Negativismus. Die Gefahr zeichnet sich ab, mit dem Nein zum Zeugnisverweigerungsrecht ein Exempel statuieren zu wollen. Das wäre völlig falsch.

Doch eine zentrale Frage stellt sich, nämlich jene nach der Legitimation zur Ausübung eines journalistischen Berufs. Es

gehört zum liberalen Verständnis der Pressefreiheit, dass sich jeder journalistisch berufen fühlen darf. Im Gegensatz etwa zu den Ärzten, Anwälten und Geistlichen, die für ihre Tätigkeit ein Fachstudium absolvieren und Fachprüfungen bestehen müssen, entfallen solche Voraussetzungen für die Medienschaffenden. Sie betrachten ihr Metier als so frei, dass sie für den Zugang jede staatliche Regelung ablehnen. Wenn wir diese Angst begreifen und den eidgenössisch diplomierten Medienschaffenden für keine erstrebenswerte Lösung halten, dann ist noch nicht beantwortet, was zum Journalismus qualifiziert. Die Spanne derer, die sich Journalistinnen und Journalisten nennen, reicht vom freizeithlichen Schreiben über Veranstaltungen im Lokalanzeiger bis zum vollberuflichen Beobachten, Analysieren und Kommentieren der internationalen Politik im Weltblatt.

Die journalistischen Organisationen versuchen, die Hobby- von den professionellen Journalisten zu trennen, wofür sie das

Berufsregister eingeführt haben. Es taugt insofern wenig, als sich die Aufnahmekriterien auf die Einkommensverhältnisse beziehen, die bei allem bürokratischen Erhebungsaufwand natürlich nichts über die beruflichen «Qualitäten» aussagen. Die Verbände scheuen solche Bewertungen wie der Teufel das Weihwasser. Das ändert indessen nichts an der sachlichen Notwendigkeit, endlich moderne Anforderungsprofile zu entwickeln und einen für die Informationsgesellschaft unentbehrlichen freien Beruf vor dem Heer der irrtümlich Berufenen wenigstens einigermaßen zu schützen. Das geplante Zeugnisverweigerungsrecht wäre geeigneter Anlass, nicht bloss über den Umfang von Privilegien zu diskutieren, sondern in erster Linie darüber, wem sie unter welchen beruflichen Voraussetzungen gewährt werden sollen.

*Alex Bänninger, Publizist,  
Präsident des Freisinnigen  
Presseverbandes der  
Schweiz, Zürich*

KOLUMNE

## Glaubwürdigkeitskrise



Eine Glaubwürdigkeitskrise der Marktwirtschaft hat kürzlich in der «NZZ» einer ihrer schärfsten Verfechter, Dr. G. Schwarz, Leiter der Wirtschaftsredaktion, diagnostiziert. In der Tat: der Untergang des «real existierenden Sozialismus» und seiner Ideologie hat der erfolgreichen Marktwirtschaft nur eine kurze Zeit unbestrittener Dominanz beschert. In den kommunistischen Ländern verband sich die rasche Umsetzung mit zahlreichen sozialen Problemen und Härten. In den westlichen Industriestaaten brachten die 1992 einsetzende hartnäckige Rezession und die Globalisierung der Märkte mit ihren Betriebsschliessungen und

Fusionen vielerorts steigende Arbeitslosenzahlen, Entlassungen und Lohnabbau – Unsicherheit über die künftige Entwicklung. Das allgemeine Klima wechselte abrupt von der unbeschwerten Anspruchsinflation der Hochkonjunktur zur Angst um die Erhaltung der sozialen Errungenschaften. Nicht zuletzt die öffentliche Hand mit ihren Sozialeinrichtungen hat über ihre Verhältnisse gelebt; nun droht die Rückführung auf die realistische Basis zu einer lähmenden Ungewissheit und zu einem den Wiederaufschwung verzögernden Konsumverzicht zu führen.

Dringend ist in dieser heiklen Lage, den Sinn für das Mass nicht zu verlieren bzw. wieder zu gewinnen, den Mut zur Eigeninitiative zu reaktivieren und sich der Grundfakten der liberalen

Politik und Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung erneut bewusst zu werden. Der Abschied vom «Alles ist machbar und bezahlbar» heisst nicht, dass unsere wichtigen sozialen Errungenschaften damit gefährdet sind – wie dies die Linken in durchsichtiger Absicht glauben machen wollen; aber es heisst, dass auf allen Gebieten der Sicherung der Finanzierung grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

Es gilt andererseits aber auch, die marktwirtschaftlichen Gesetze nicht zu verabsolutieren, sondern sie in den Rahmen der liberalen Ziele und Grundsätze zu stellen. Der Liberalismus strebt für alle Menschen ein Leben in Würde, Freiheit, Verantwortung und Geborgenheit an. Demokratie und Marktwirtschaft sind die besten Mittel, um diese Ziele zu erreichen. Aber sie bedürfen der Rahmenbedingungen, um nicht zu Fehlentwicklungen zu führen (selbst weltweit, auch wenn dies erst in den

Anfängen steckt). Eine ungezügelte, brutale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die vor allem soziale Leichen am Wegrand hinterlässt, kann nicht das Ziel des Liberalismus sein.

Der Sinn für das richtige Mass und für das Realisierbare hat bisher das Schweizervolk in den allermeisten Fällen ausgezeichnet. Ihm muss in den heutigen schwierigen Zeiten wieder zum Durchbruch verholfen werden – vor allem auch in den Parlamenten. Wenn die Versprechungen und Erwartungen wieder auf ein vernünftiges Mass reduziert werden, so ist der gesunde Boden gegeben, auf dem auch positive Aktionen wie die KMU-Offensive der FDP für Arbeitsplätze in Klein- und Mittelunternehmungen einen maximalen Erfolg versprechen. Die Glaubwürdigkeitskrise wird weder durch Angstmacherei noch durch falsche Versprechungen, sondern nur durch Rückkehr zur nüchternen Wahrheit überwunden.

*Kurt Müller, Meilen*

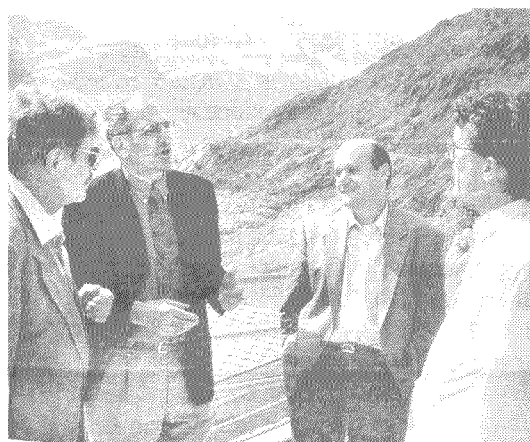


# Mit vier Bahnen hoch zur Staumauer

Der diesjährige Fraktionsausflug führte die Freisinnige Fraktion der Bundesversammlung ins Wallis. Bei Bilderbuchwetter liessen sich die über 200 Ausflüglerinnen und Ausflügler von Martigny aus mit dem Montblanc-Express nach Châtelard fahren, von dort aus mit der Drahtseilbahn hinauf zur Bergstation von Barberine, anschliessend mit einem «Minifuni» zur oberen Galerie der Staumauer. Zurück in Martigny stand ein Besuch der Manet-Ausstellung auf dem Programm, bevor ein Nachtessen den abwechslungsreichen Tag abschloss.



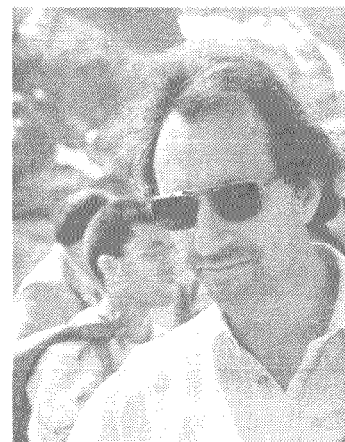
Es geht aufwärts mit den Freisinnigen! Talstation der Drahtseilbahn nach Barberine.



Fachkundige Ausführungen des «Gastgebers», Fraktionspräsident Pascal Couchepin, Martigny (2. v. l.), zur Stauanlage von Emosson. Links Bundeskanzler François Couchepin, rechts Hans Burger, Direktor des BA für Landwirtschaft.



«Wo geht's jetzt hin?» Bundeskanzler François Couchepin (l.) und Nationalrat Gerold Bührer (SH).



Tenuerleichterung auch für FDP-Generalsekretär Christian Kauter.



Mützen auf! FDP-Vizepräsident und Nationalrat Fulvio Pelli (TI).



Santé! Walliser Weisswein für den Waadtländer Bundespräsidenten Jean-Pascal Delamuraz und Bundesrat Kaspar Villiger.



Ein letzter Spaziergang vor dem Nachtessen: FDP-Vizepräsidentin Vreni Spoerry (ZH) mit Fraktionspräsident Pascal Couchepin (VS).



# Ausbau des Sozialstaates um 15 bis 21 Milliarden Franken?

Der Bericht über die Finanzierung der Sozialversicherungen (IDAFiSo) hat deutlich gezeigt, dass uns bis ins Jahre 2010 etwa 14 Milliarden Franken fehlen werden für die Finanzierung der heutigen Leistungen unserer bestehenden Sozialversicherungen. Doch die SP fordert einen weiteren masslosen Ausbau des Sozialstaates Schweiz um zusätzliche 15 bis 21 Milliarden Franken pro Jahr.

**Christine Egerszegi-Obriest, Nationalrätin, Mellingen**



Obwohl die SP-Politiker(innen) den IDAFiSo-Bericht schon viel länger kennen als alle andern, scheinen sie

seine Botschaft nicht begriffen zu haben: In einer offiziellen Pressekonferenz kommentierten sie den IDAFiSo-Bericht und kündigten ihre Ausbaupläne an für den

Sozialstaat Schweiz in den kommenden vierzehn Jahren:

- Ruhestandsrente ab Rentenalter 62 für Frauen und Männer
- Neue AHV-Renten-Formel mit zusätzlichem Knick nach oben
- Ausbau des Systems der Ergänzungsleistungen auf Erziehungs- und Betreuungssituationen und für ausgesteuerte Arbeitslose
- Einführung einer Mutterschaftsversicherung für alle Frauen
- Erhöhung der Kinderzulagen in zwei Schritten:

- a) auf 250 Franken pro Kind
- b) auf 400 Franken pro Kind
- Prämienverbilligung bei Krankenkassen, damit die maximale Prämienbelastung pro Haushalt nicht mehr als 7 Prozent ausmacht
- Ausbau der Krankenpflegeversicherung zur Entlastung der unteren Einkommen
- Obligatorische Krankentaggeldversicherung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Abschaffung des Koordinationsabzuges, d.h. BVG-Obligatorium für alle Beschäftigten
- Voller Teuerungsausgleich in der beruflichen Vorsorge.

Bevor nicht Klarheit darüber herrscht, wie man die bestehenden Sozialversicherungen und ihre heutigen Leistungen in den nächsten vierzehn Jahren finanzieren kann, ist ein weiterer Ausbau unseres Sozialstaates verantwortungslos. Wir haben primär die Pflicht, dafür zu sorgen, dass

wir die Renten für die Betagten und Invaliden sicherstellen.

## Den Wohlstand unserer Kinder gefährden?

Wir tragen die Verantwortung, dass jenen, die in diesem Staat wirklich Hilfe brauchen in widrigen Lebenslagen, auch geholfen wird.

Wir tragen aber auch die Verantwortung dafür, dass unsere Kinder und Kindeskiner der-einst nicht die Hälfte ihres Verdienstes abliefern müssen, um den Schuldenberg des Staates abzutragen, den wir heute aufhäufen.

Es wäre alles andere als sozial, wenn die nächste Generation die Geschenke, die wir heute grosszügig verteilen, morgen mit Schweiz und Arbeit abbezahlen müsste.

Deshalb kommt für die FDP ein weiterer Ausbau des Sozialstaates zurzeit nicht in Frage. ■

## Zusammenstellung der sozialpolitischen Vorstellungen der SPS bis 2010

		Jahresmehrkosten in Mio	Mehrwertsteuer%	Lohn %
AHV	demographische Entwicklung	3600*	2%	
	Frauenrentenalter wieder 62	800		0,40%
	Ruhestandsrente für alle	1300	0,80%	
	neue Rentenformel	ca. 700	0,40%	
IV	finanzielle Leistungssicherung	2000*	1,30%	
EL	finanzielle Sicherstellung	300*	½ Bund und ½ Kantone	
	Ausbau zur Grundversicherung	2000-3000	1-2%	
Mutterschaftsversicherung	für Erwerbstätige	ca. 500		0,24%
	für alle	200-300		aus allg. Bundesmitteln
Kinderzulagen	für jedes Kind 250 Fr.	400	0,25%	
	2. Schritt 400 Fr.	1900	1,10%	
KVG	Prämienverbilligung		alle Bundesmittel einfordern	
	max. 7% als Prämienbelastung/Haushalt	1000	0,6%	
	Entlastung der unteren Einkommen	2000-4000	1-2%	
	Oblig. Taggeldversicherung	Kosten offen		2-3%
BVG	Obligatorium für alle Erwerbstätigen	500		2-4%
	voller Teuerungsausgleich	3600-7200		
<b>Total</b>		<b>20 800-27 500 Mio Fr.</b>	<b>8,45-10,45%</b>	<b>4,64-7,64%</b>
	* Davon bereits im IDAFiSo-Bericht enthalten	5900 Mio	3,30%	

Fazit: Die SPS will zu den bereits fehlenden 14,6 Milliarden Franken noch einen Ausbau für weitere 14,9-21,6 Milliarden Franken. Dazu benötigt sie zu den im Jahre 2010 erforderlichen 6,8 Mwst-Prozenten noch einmal weitere 5-7 Mwst-Prozente plus 4,6-7,6 Lohnprozente. Das würde sich *kein* Arbeitnehmer leisten können.

# Aktiv zum Aufschwung beitragen

Die FDP-Politik steigert den Wohlstand der Schweiz. Anstatt eine auf Besitzstandwahrung ausgerichtete Politik zu betreiben, strebt die FDP offensiv die wirtschaftliche Erholung der Schweiz an. Die KMU-Offensive trägt wesentlich zum Aufschwung bei.

**Peter Grünenfelder,**  
Politischer Sekretär  
FDP Schweiz



Die FDP setzt sich mit allen Kräften dafür ein, dass der Staat für die KMU wie auch für die grossen

Konzerne die global besten Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt. Dies ist die Hauptaussage der durch Nationalrat François Loeb erfolgten Orientierung über die KMU-Offensive der FDP anlässlich der Parteipräsidentenkonferenz vom 17. August 1996 in Bern.

## FDP-Grundsatzaussagen KMU

Die FDP ist sich dabei bewusst, dass erst eine erfolgreiche Tätigkeit der Unternehmen zum breiten Wohlstand der Bevölkerung führt. Deshalb ist die ungehinderte Entwicklung der freien Unternehmertätigkeit zu verstärken. Die KMU-Politik der FDP setzt sich deshalb nicht ein für protektionistische und wettbewerbsbehindernde Massnahmen. Für die FDP gilt das Prinzip der marktwirtschaftlichen Ordnung.

## Einladung an Unternehmer

Die FDP lädt alle KMU-Unternehmer der Schweiz ein, im Rahmen von öffentlichen Hearings der FDP im Oktober dieses Jahres kundzutun, was die Politik nach ihrer Meinung machen muss, damit es mit den KMUs wieder aufwärtsgeht. Den Input der Unternehmer wird die FDP in ein Massnahmenpaket einfliessen lassen und daraus Vorgaben für die entsprechenden Initiativen ableiten – und zwar auf kommunaler,

kantonalen und eidgenössischer Ebene. Die FDP ruft die KMU-Unternehmer auf, an den öffentlichen Hearings teilzunehmen. Das Ausfüllen des untenstehenden Talons ist der erste Schritt dazu. ■

## Talon

Ich möchte aktiv meinen Beitrag zum Aufschwung der Schweiz leisten und melde mich hiermit an für ein KMU-Hearing der FDP im Oktober 1996.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

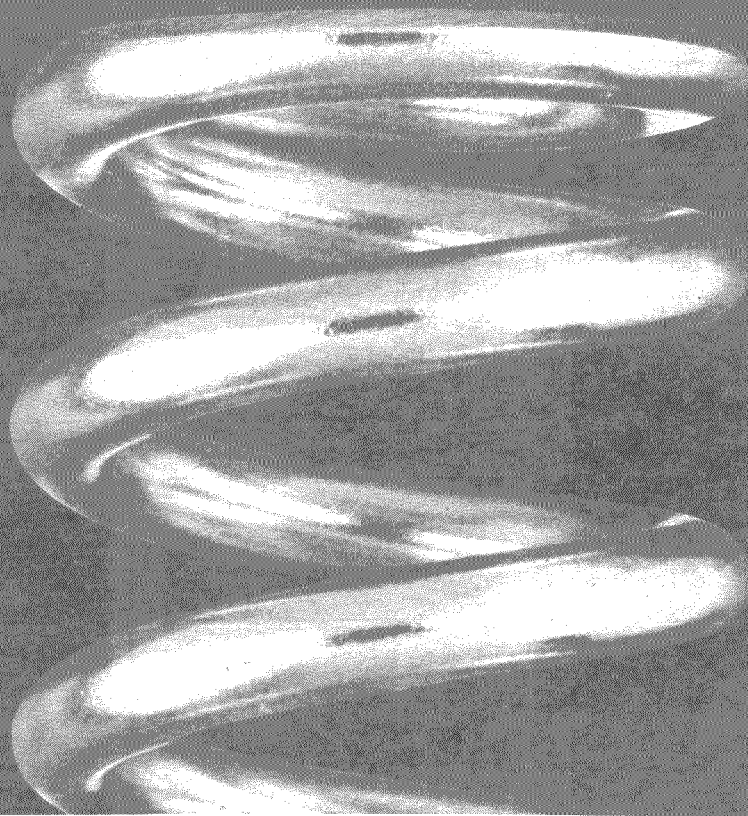
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Firma: \_\_\_\_\_

Talon umgehend einsenden an FDP Schweiz, Herrn Peter Grünenfelder, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 48, Fax (031) 312 19 51.

# FEDER FÜHREND



**BAUMANN + CIE AG**  
Federnfabrik, CH-8630 Rüti  
Tel. 055/848 111  
Telex 875 606. Fax 055/848 511

# Nur Schall und Rauch?

Der «5. schweizerische Frauenkongress» liegt etwas mehr als ein halbes Jahr zurück. Was ist von den Erwartungen und Forderungen übriggeblieben? Wie sieht deren politische Umsetzung aus? Die FDP-Frauen Schweiz unterhalten sich darüber mit Gabriela Winkler, Kommunikationsberaterin und Leiterin der PR-Kommission des Kongresses.

**Was ist Ihnen, als Mitorganisatorin des Frauenkongresses, ein halbes Jahr nach dem Anlass an Eindrücken geblieben?**

*Gabriela Winkler:* Es ist für mich eine grossartige und sehr lehrreiche Erfahrung gewesen. Grossartig, weil Frauen als Trägerinnen des gesellschaftlichen Wandels an einem dreitägigen Anlass konkret erfahren wurden. Lehrreich, weil es zu Begegnungen und Zusammenarbeit kam, die normalerweise nicht gegeben sind.



**Sie haben es übernommen, sämtliche Kongress- und Workshop-Resolutionen in einem Bericht zusammenzufassen. Ein Buch fürs Archiv?**

Ein Zeitdokument, mit dem jeder arbeiten muss, der in der Politik, in der Gesellschaft und in der Wirtschaft etwas bewegen will. Der Bericht ist eine Art Protokoll. Er spiegelt die Befindlichkeiten

## ZUR PERSON

### Gabriela Winkler

Selbständige Kommunikationsberaterin, dipl. sc. nat. ETH, Oberglatt. Gabriela Winkler gehört zu den Organisatorinnen des 5. schweizerischen Frauenkongresses, welcher vom 19. bis 21. Januar 1996 in Bern stattfand. Zudem ist sie Herausgeberin eines 160seitigen Berichtes über den Kongress. Er kann für Fr. 25.- (+2 Prozent MwSt., Porto und Verpackung) bezogen werden bei: Gabriela Winkler, Birchweg 13, 8154 Oberglatt, Telefon (01) 851 09 20, Fax (01) 850 46 92.

von Frauen, die nicht schweigen. Es gilt, den Bericht daraufhin zu analysieren, welche Grundhaltungen diese Frauen einnehmen.

Der Teil Aussenpolitik etwa dokumentiert eine Weltoffenheit, verbunden mit der Bereitschaft zu Engagement und Mitgliedschaften in den Foren, in denen Entscheidendes ausgehandelt wird: UNO, WTO, EU. Mit der Forderung, Immigrantinnen aus Nicht-EWR-Staaten (betrifft vor allem Menschen aus Ex-Jugoslawien) die Jahresaufenthaltsbewilligung zu erteilen, arbeitet der Kongress weit konsequenter als der Bundesrat.

**Der Bericht ist das eine, die Umsetzung der verabschiedeten Resolutionen das andere.**

Ich weiss bereits von Folgeseminaren im kleinen Kreis, an welchen einzelne Themen vertieft diskutiert wurden. Es gibt selbstverständlich ganz konkrete Ansatzpunkte. Beispielsweise könnten kantonale Frauengruppen auf eine Revision des kantonalen Schulgesetzes nach dem Tessiner Muster hinwirken, das aus pädagogischen Gründen eine frühe

Sozialisation in Gruppen mit grossen Freiräumen bietet.

Ein sehr grosser Teil liegt allerdings in der Bewusstwerdung der heutigen Fragen indirekter Diskriminierung. Es geht um Informationszyklen oder Seminare, die sich mit Mentalitätsfragen auseinandersetzen. Vieles, was die Frauen am Kongress beschäftigt hat, setzt einen noch weitergehenden Mentalitätswandel voraus.

**Die politische Bandbreite der Resolutionen ist beachtlich. Führt das nicht dazu, dass gerade bürgerliche Frauenkreise jetzt Umsetzung in konkrete politische Forderungen linken (Frauen-)Kreisen überlassen?**

Wenn das so wäre, träfe die sogenannte Linke kein Vorwurf. Der Kongress hat auch gezeigt, dass für die wirklich relevanten Fragen das ideologische Links-Rechts-Schema nicht (mehr) funktioniert. Der Wunsch, Mutterschaft und Beruf zu verbinden, ist keine Frage von links oder rechts. Gerade aus liberaler Sicht müssten zwingend die Voraussetzungen geschaffen werden, damit der weibliche Mensch frei wählen kann, welche Lebensform für ihn geeignet ist.

Es sind ja vor allem Frauen, die in der traditionellen Biedermeier-

## Wichtige Daten

Am Samstag, 16. November 1996, findet in Basel eine Tagung der FDP-Frauen Schweiz zum Thema «Gentechnik» statt. Ein detailliertes Programm mit Anmeldetalon finden Sie im nächsten Freisinn.

Am Dienstag, 29. Oktober 1996, 14.00 Uhr, Zürich, findet die zweite Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz statt. Eine Einladung geht an sämtliche Präsidentinnen von FDP-Frauenorganisationen. ■

familie leben, bis die Kinder ausfliegen, die als Wiedereinsteigerinnen kaum Chancen haben auf Reintegration in den Arbeitsprozess. Ich weiss wenige Themen, welche die bürgerlichen Frauen mehr beschäftigen müssten. Es wäre auch nicht neu, wenn entscheidende Impulse aus bürgerlichen Frauenkreisen kämen und vorangetrieben würden.

**Bekannte freisinnige Frauen haben den Kongress mitgetragen und -gestaltet. Unzählige weibliche FDP-Mitglieder haben daran teilgenommen. Was erhoffen Sie sich an Rückfluss auf die Gesamtpartei?**

Ich hoffe, dass die bisher zu beobachtenden Abwehrreflexe gegen den Frauenkongress sich gelegentlich legen und sich auch freisinnige Frauen (und Männer), die nicht am Kongress teilgenommen haben, vorurteilsfrei ein Bild des ganzen Kongresses machen. ■

**WAHRHEITEN AUF DER SPUR - NEUERSCHEINUNG!**

PETER ARBENZ	ELISABETH HSU	MICHAEL RINGIER
ROBERT BARTH	THOMAS ISLER	HEINRICH RÖHRER
SIDONIA BLÄTLER	CHRISTIAN J. JAGGI	THOMAS RUDIN
RUTH DURRER	BEAT KAPPELER	GERHARD SCHWARZ
GERTRUD ERISMANN PEYER	ULRICH KNELLWOLF	VRENI SPOERRY
THOMAS FLEINER-GEPSTER	GEORG KÖHLER	BERNHARD STAUFFER
PETER FORSTMOSER	HANS-ULRICH LAPPERT	WALTER TEMPERLI
PETER FUHRER	ANTON LEIST	DANIEL TEUHLIN
ERICH GYSLING	IRENE MARIA MARTI	DENNIS C. TURNER
DANIEL HELL	ALFRED M. NIEDERER	ANDREAS WIMMER

Bitte beachten Sie den Buchtip in dieser Ausgabe!

Peter E. Ochsner/Peter Lutz (Hrsg.)  
**Wahrheiten auf der Spur**  
 Politiker, Wissenschaftler, Philosophen,  
 Unternehmer nehmen Stellung.  
**Fr./DM 49.- inkl. MwSt.,**  
 zuzüglich Versandkosten (Fr. 7.-)  
 288 Seiten, gebunden.  
 ISBN 3 280 02341 6 - ORELL FÜSSLI VERLAG

**Bestellungen an:**  
**Herrn Peter Lutz**  
**Forchstrasse 2**  
**CH-8032 Zürich**  
**Fax: 01/382 30 02**



# Abschied von Prestigedenken und Schuldenlobbyismus

An seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Gesamtbundesrat einen für die Sanierung der Bundesfinanzen zentralen Entscheid gefällt: Die Ausgaben im Budget 1997 sollen den Stand des Voranschlages 1996 nicht übersteigen. Nun müssen dieser Absicht Taten folgen. Für einen Erfolg braucht es zwei Dinge: eine mutige Landesregierung und einen Schulterschluss bürgerlicher Kräfte im Parlament.

**Markus R. Seiler,**  
Pressechef FDP Schweiz



Das Total der für 1996 budgetierten Bundesausgaben von rund 43 Milliarden Franken soll auch für das Budget 1997 als

Plafond gelten. Dies beschloss die Landesregierung am 26. Juni 1996.

gespart werden.

Der Bundesrat hat mit seinem Entscheid für ein nominelles Nullwachstum beim Budget 1997 Mut bewiesen. Er wird nochmals Mut aufbringen müssen, um sein Ziel tatsächlich zu erreichen, wenn er es nicht bei rein «kosmetischen» Massnahmen bewenden lassen will.

Ohne Dringliche Bundesbeschlüsse und Gesetzesänderungen wird es unter Umständen nicht zu schaffen sein. Und die

insbesondere der Kreditsperre, präsentiert. Es ist dabei sehr zu hoffen, dass dieses Paket nicht aus kurzfristigem Partikulardenen heraus zerzaust wird.

## Schulterschluss aller Bundesratsparteien nötig

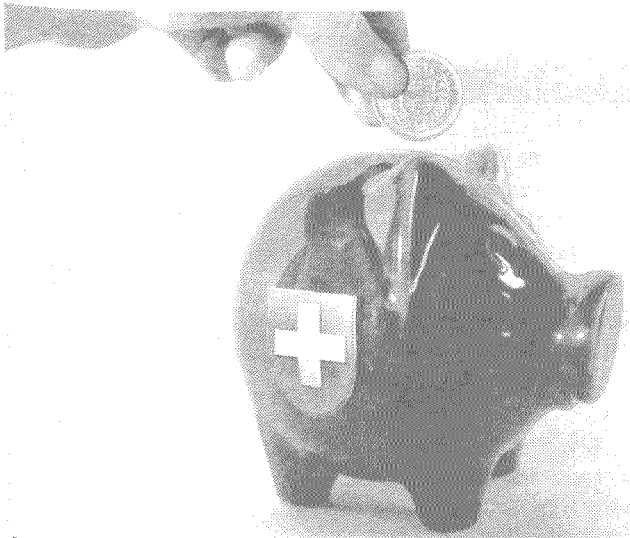
Für einen Erfolg nötig ist ein Schulterschluss aller Bundesratsparteien im Willen, die Landesregierung in ihrer – unangenehmen – Aufgabe der Sanierung der Bundesfinanzen zu unterstützen. Und das wiederum bedeutet: Abschied nehmen von Prestigedenken, Partikularegoismus und Schuldenlobbyismus. Damit den vielen Worten vom Sparen Taten folgen. ■

## STANDPUNKT

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) unterstützt den Bundesrat in seinen Bemühungen zur Reduktion des Budgetdefizites für 1997. Sie erachtet die Einführung einer Kreditsperre nicht nur als innovativen und interessanten, sondern auch als gangbaren Vorschlag. Gleichzeitig weist die FDP darauf hin, dass aber auch bei den gezielten Kürzungen baldige Entscheide notwendig sind.

Die FDP hält weiterhin am bundesrätlichen Ziel fest, die Gesamtausgaben 1997 auf dem nominellen Stand von 1996 einzufrieren. Sie drängt die Landesregierung, rasch definitive Entscheide zu fällen, damit das Parlament noch in der Herbstsession über konkrete Massnahmen beschliessen kann.

Schliesslich weist die FDP darauf hin, dass auch bei einem nominellen Nullwachstum das Budgetdefizit mit 5–6 Milliarden Franken inakzeptabel hoch ausfallen wird. Weitere einschneidende Massnahmen drängen sich deshalb auf. ■



das «Bundessparschwein» im Jahre 1996: Man müsste über 80 Milliarden hineintun, damit es wieder leer – ! – wäre. (Photo key)

## Stand der Eingaben: Noch müssen 1,3 Milliarden weg

Dass die Aufgabe, die sich der Bundesrat mit dieser Vorgabe selbst gestellt hat, keinesfalls leicht ist, zeigen die Eingaben der Departemente: Um das anvisierte Ziel zu erreichen, müssen noch rund 1,3 Milliarden Franken ein-

notwendige Opfersymmetrie wird Verzicht in allen Bereichen fordern. Der neue Vorschlag der «Kreditsperre» zeigt dies deutlich.

Der Bundesrat allein kann aber das Problem nicht lösen. Er muss auf die Unterstützung des Parlamentes zählen können, wenn er das Budget 1997 mit den dazugehörigen Massnahmen,

## Arbeitsgesetz – jetzt dem Ja-Komitee beitreten

Einsenden an: **SCHWEIZERISCHES KOMITEE**  
«Ja zum Arbeitsgesetz»  
Postfach 8615  
3001 Bern

- Ich möchte dem Komitee beitreten
- Ich möchte für einen Unkostenbeitrag von Fr. 10.– das ausführliche Argumentarium zu diesem Gesetz bestellen.

(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

# Neat – die Bahn als Zukunftsprojekt

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Das Schweizervolk beschloss 1992 den Bau der Neat. Das Grossprojekt sollte gleichzeitig ein modernes Bahnnetz verwirklichen, den Beitrag unseres Landes zur Neugestaltung des internationalen Verkehrs erbringen sowie den Randregionen der Schweiz einen verbesserten Zugang zu den internationalen Transportwegen ermöglichen.

Das Volk liess sich damals von den Kosten in Höhe von 14,9 Milliarden Franken (ohne Zinsen und Teuerung) nicht abschrecken und befürwortete die Neat deutlich.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass die unzähligen seither portierten Finanzierungsmodelle zu stark Wirtschaft und Steuerzahler belasteten und sich demzufolge als unrealistisch erwiesen. In ihrer Ratlosigkeit kamen nun Bundesrat und Teile des Parlaments auf die Idee, vom ursprünglich vorgesehenen Neat-Projekt abzuweichen und Abstriche zu machen.

## Kreativer Ansatz

Ein privates Komitee bietet nun dem Volk mittels eidgenössischer Initiative die Möglichkeit, Regierung und Parlament dazu zu zwingen, das ursprüngliche Projekt zügig zu realisieren, indem durch entsprechende Änderung der Bundesverfassung die stillen Goldreserven der Nationalbank dafür eingesetzt werden können.

Tatsache ist, dass die Golddeckung des Schweizerfrankens heute weit über 100 Prozent beträgt, wenn man der Berechnung statt des seit 1977 unverändert belassenen Goldwertes von Fr. 4500.– einen aktuellen, vergleichsweise niedrig angenommenen Kurswert von Fr. 14 000.– zugrunde legt (seit 1979 lag der Goldpreis stets höher).

Die Initianten sind der Meinung, dass die Nationalbank frei über ihre Devisenbestände zur Sicherung ihrer Hauptaufgaben verfügen muss, ohne von Rentabilitätsrückichten gehemmt zu werden. Sie verlangen aber, dass die Nationalbank den aktuellen Wert ihrer Aktiven in der Bilanz ausweist und dass durch die Richtigstellung des Goldwerts ein «Fonds zur Finanzierung aufwendiger und langlebiger Infrastrukturvorhaben» gebildet wird.

## Die Nationalbank macht es möglich

Die Übergangsbestimmungen der Volksinitiative regeln sodann die Modalitäten in bezug auf die Realisierung der Neat. Demnach soll die Nationalbank ihre Goldreserven neu auf 80 Prozent des aktuellen Börsenwertes bewerten. Der zur Verfügung stehende Be-

trag wird auf ein Konto «Reserven für aufwendige und langlebige Infrastrukturvorhaben» übertragen. Aus diesem Konto kann der Bundesrat die Mittel für die Rückzahlung der Kosten der Studie «Neat» sowie zur vollständigen Umsetzung Neat-Vorlage nehmen.

Es geht den Initianten weder darum, die heilige Kuh Nationalbank zu schlachten, noch sie zu Tode zu melken. Sie stellen sich einzig auf den Standpunkt, dass die Finanzkraft des Goldbestandes es dem Bund ermöglicht, wichtige Investitionen in langlebige Infrastrukturprojekte zinslos und ohne Amortisation auslösen zu können, ohne zusätzliche

Steuern erheben oder Verschuldung in Kauf nehmen zu müssen.

Die im April 1996 gestartete Volksinitiative «für die Finanzierung aufwendiger und langlebiger Infrastrukturvorhaben» bildet jenen kreativen Ansatz, der allenthalben gefordert wird. Er verdient es, zum Wohle der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz mit Unterschriften unterstützt zu werden.

Mit freundlichen Grüssen

*Dr. Arnold Schlaepfer,*  
Rechtsanwalt, Genf  
Präsident des Initiativkomitees für eine vollständige Neat ohne Schulden und ohne zusätzliche Steuer

## Schluss mit staatlichen Markteingriffen!

*Sehr geehrte Damen und Herren*

Zahlreiche Beispiele aus letzter Zeit belegen es: überall dort, wo der Staat in die Wirtschaftskreisläufe eingreift, wird das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage verfälscht, und es entstehen Produktionsüberschüsse.

Paradebeispiele sind die Milch- und Käseüberschüsse, deren Verwertung uns über eine Milliarde Franken pro Jahr kostet. Welchen Sinn kann es machen, mehr zu produzieren, als man verkaufen kann? Normalerweise überhaupt keinen.

Wenn der Staat aber Abnahmepreise garantiert, werden die Marktmechanismen verzerrt, und es kommt zu solchen Auswüchsen. Ins gleiche Kapitel geht das Weisswein-Theater.

## Nicht nur die Landwirtschaft ist gemeint

Die Beispiele sind jedoch nicht auf den Landwirtschaftssektor begrenzt. Auch im Gesundheitsbereich subventioniert der Staat die Betriebsdefizite der öffentlichen Spitäler in Milliardenhöhe. Diese entstehen zu einem gros-

sen Teil aus verfehlten Planungen mit einem Überangebot an Spitalbetten.

Anstatt mit neuen Planungen zu versuchen, diese Situation zu verbessern, würde man viel besser die Spitäler (mit Ausnahme des Universitätsspitals) privatisieren. Es gibt keinen zwingenden Grund, warum der Betrieb von Spitalern vorwiegend der öffentlichen Hand vorbehalten sein müsste.

Bereits existierende Privatspitäler und die Arztpraxen beweisen, dass die Gesundheitsversorgung ohne staatliche Eingriffe sichergestellt werden könnte. Die aktuellen Probleme von Spitalbetten-Überkapazitäten und übertriebener Anschaffung von teuren Diagnose-Geräten würden sich durch die Marktmechanismen von selbst lösen.

## Nicht Subventionen, sondern Rahmenbedingungen sind wichtig

Ein absoluter Blödsinn ist es auch, dem Wirtschaftskreislauf durch Steuern Geld zu entziehen und dann in Form von Subventionen sogenannte Wirtschaftsförderung zu betreiben. Wenn

man die Wirtschaft tatsächlich fördern will, muss man ihr günstige Rahmenbedingungen, d. h. niedrige Steuern, rasche Bewilligungsverfahren und gute Infrastrukturen, schaffen.

Dasselbe gilt für den Wohnungsmarkt, wo man endlich die staatliche Kontrolle über die Höhe der Mietzinsen aufgeben und zur Marktmiete übergehen sollte.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und des ganzen Ostblockes ist es eigentlich offensichtlich, dass planwirtschaftliche Lenkungen der Wirtschaft durch den Staat nicht funktionieren können und der freie Wettbewerb das einzige System ist, das Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht halten kann. Warum nimmt man dies in der Schweiz nicht endlich zur Kenntnis und setzt in verschiedenen Bereichen solche staatlichen Lenkungsmechanismen ausser Kraft?

*Martin Zwahlen,*  
*Niederschertli,*  
Mitglied des Grossen Gemeinderates



Angestrebtes Nullwachstum beim Budget 1995  
der Eidgenossenschaft: «Zurückstutzen» lautet die Devise  
von Finanzminister Kaspar Villiger.

Karikatur Andreas Töns

# Kontakthalten mit Deutschland

**Kleines Arbeitsjubiläum für einen «Botschafter» der besonderen Art: Zum 30. Mal nahm Rolf Lüscher an einem Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei Deutschlands teil.**

«Wir haben nicht nur eine fortschreitende Globalisierung der Märkte, sondern auch eine Globalisierung in der Politik. Dem müssen wir Rechnung tragen», lautet eine der zentralen Erkenntnisse des überzeugten Liberalen Rolf Lüscher. Und diese Überzeugung lebt er seit seinen ersten Engagements in der internationalen Welt der Jungliberalen anno 1972.

## Auf ihn aufmerksam geworden

Es war dann in den siebziger Jahren, als man auch bei der Mutterpartei, der FDP Schweiz, auf den jungen Schweizer «Freizeit-Botschafter» aufmerksam wurde. 1973, also vor nunmehr 23 Jah-

ren, nahm Rolf Lüscher zum erstenmal für die FDP Schweiz an einem Bundesparteitag der deutschen Schwesterpartei teil.

Allein an 30 Bundesparteitagen hat er seither bei der FDP Deutschland teilgenommen, hat deren Entwicklung miterlebt und mitgelebt sowie in zahlreichen Gesprächen bei diesen und anderen Gelegenheiten dafür Sorge getragen, dass die Kontakte grenzüberschreitend intakt bleiben.

## Engagiert auch für Europa

Lüscher sieht sich als einer der schweizerischen «Europa-Politiker der ersten Stunde». Für ihn



Rolf Lüscher (rechts) überbringt dem neuen Parteivorsitzenden Wolfgang Gerhard die offiziellen Grüsse der FDP Schweiz. (Photo Chr. Köpfer)

war schon früh klar, dass eine «vernünftige Europa-Integration der Schweiz unbedingt Sinn macht». Und weiter: «Dass man dazu vor allem auch auf Stufe gegenseitige Verständnis- und Ver-

trauensförderung aktiv und auf einen längerfristigen Zeitraum hinaus etwas tun muss.» Er selbst tut es seit Jahren nach innen wie nach aussen.

Christian H. Köpfer

## Hausaufgaben für Dreifuss?

**MRS.** – «Viele Jungen meinen, sie würden die AHV für die Alten zahlen. Dabei zahlt man ja für sich selbst». Dies sagte Bundesrätin Ruth Dreifuss im «Frühstücks-Interview» vom 24. Juni in der «Schweizer Illustrierten». Wenn Frau Dreifuss aber meint, die Jungen, die meinen, sie zahlten für die Alten, irrten sich, so irrt sie selbst! Die AHV funktioniert nach dem Umlageverfahren: Was die Erwerbstätigen heute einzahlen, geht morgen an die AHV-Empfänger. Die Jungen bezahlen für die Alten. Anders bei der zweiten Säule: Dort spielt das Kapitaldeckungsverfahren: Jeder spart für sich selbst. Nach drei Jahren als Vorsteherin des EDI sollte Frau Dreifuss über das Funktionieren unseres wichtigsten Sozialwerkes eigentlich Bescheid wissen. Wenn sie das noch nicht tut, so bleibt nur eins: die Hausaufgaben machen. ■

# In den Mund gelegt



(Photo rufi)

Etwas Interessantes am Anzug von Ernst Mühlemann hat die Aufmerksamkeit des Bundespräsidenten geweckt. Was sagt Delamuraz wohl in diesem Augenblick zu seinem freisinnigen Kollegen? Finden Sie es heraus, und senden oder faxen Sie uns Ihre Antwort. Aus den originellsten Einsendungen verlosen wir ein **FDP-Foulard** und ein **FDP-Portefeuille!** ■

**Ich weiss es. Delamuraz sagt:**

« \_\_\_\_\_ »

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Wettbewerb Freisinn, Postfach 6136, 3001 Bern. Fax (031) 312 19 51.